

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
1. Kapitel: Einleitung	23
I. Problemaufriss	23
II. Gang der Untersuchung	26
2. Kapitel: Rechtliche Rahmenbedingungen und Terminologie	28
I. Der Unternehmensverbund im deutschen Recht	28
II. Grundstrukturen des Ordnungswidrigkeitenrechts	30
3. Kapitel: Modelle außerhalb der Kategorien von Täterschaft und Teilnahme	33
I. Zurechnung im europäischen Kartellrecht	33
1. Dogmatische Ansätze	33
2. Verwertbarkeit im deutschen Recht	34
II. Einstandspflicht aus der Störerhaftung des Immaterialgüterrechts	36
1. Tochterverhalten als eigener Gesetzesverstoß einer herrschenden Gesellschaft?	36
2. Störerhaftung im Immaterialgüterrecht	38
4. Kapitel: Verantwortung der Konzernmutter aufgrund aktiver Beteiligung	41
I. Verantwortlichkeit bei gesetzwidrigen Einflussnahmen	41
1. Rechtliche Unverbindlichkeit von Anweisungen zu gesetzwidrigem Verhalten	41
2. Folgen gesetzwidriger Einflussnahmen	42
II. Sanktionsrechtliche Folgen personeller Verflechtungen	44
1. Gegenstand der Untersuchung	44
2. Organhandeln und juristische Person im Zivilrecht	46
a) Das Konzept der Organzurechnung	46
b) Differenzierung zwischen Organ und Organwalter	47
c) Zweck der zivilrechtlichen Ausführungen	49

3.	Konsequenzen der Verflechtung für die zivilrechtliche Binnenhaftung im Konzern	50
	a) Haftung der Konzernmutter im Vertragskonzern und bei der Eingliederung	50
	b) Haftung im faktischen Aktienkonzern	51
	c) Haftung im faktischen GmbH-Konzern	52
4.	Die Haftung der herrschenden Gesellschaft bei doppelfunktionalem Handeln außerhalb konzernspezifischer Schutzvorschriften	52
	a) Stand der Diskussion	52
	b) Einwände gegen eine Haftung der herrschenden Gesellschaft bei doppelfunktionalem Handeln	54
	aa) Mangelnde Organtauglichkeit der juristischen Person	54
	bb) Schlechterstellung der juristischen Person im Vergleich zur natürlichen Person	55
	cc) Unabhängige Stellung des Doppelorgans	56
	dd) Fehlender Sondertatbestand für die Haftung	59
	ee) Zwischenfazit	59
5.	Die zivilrechtliche Haftung der Konzernmutter gegenüber Dritten bei personellen Verflechtungen	60
	a) Bestimmung nach allgemeinen Zurechnungsgrundsätzen	60
	b) Handeln in Ausführung einer Verrichtung	60
	aa) Problemstellung und Abgrenzungsversuche	60
	bb) Abgrenzung nach funktionalem Zusammenhang	62
6.	Ausführung einer Verrichtung im Konzern und doppelfunktionalem Handeln	64
	a) Konzernleitung als Aufgabe des Doppelmandatsträgers	64
	b) Qualifikation einer Handlung als Konzernleitungsmaßnahme	66
	aa) Fehlende Eignung subjektiver Aspekte	66
	bb) Qualifikation einer Handlung als Konzernleitungsmaßnahme nach objektiven Größen	67
	(1) Objektiver Inhalt des Begriffs Konzernleitung	67
	(2) Der maßgebliche Horizont des allwissenden Betrachters	68
	cc) Haftung außerhalb der Konzernpolitik	69
	c) Zwischenfazit und Ausblick auf das Ordnungswidrigkeitenrecht	71
7.	Personelle Verflechtungen und Ordnungswidrigkeitenrecht	73
	a) Die Funktion des § 30 OWiG	73
	b) Handeln als Organ im Ordnungswidrigkeitenrecht	74
	aa) Interessentheorie	74
	bb) Funktionstheorie	75
	cc) Auswirkungen der jeweiligen Ansätze für das Ordnungswidrigkeitenrecht	76

dd) Zivilrechtsakzessorische Betrachtung und mögliche Hindernisse	77
ee) Zwischenfazit: Identischer Inhalt von §§ 31 BGB, 30 OWiG	79
8. Die Sanktionierung der Beteiligten im Ordnungswidrigkeitenrecht	80
a) Der betroffene Personenkreis	80
b) Beispiele	81
aa) Transportbeton-Vertrieb	81
bb) Mastbetriebe	82
cc) Arbeitnehmer	83
III. Gesamtergebnis für die Verantwortung der herrschenden Gesellschaft aufgrund aktiver Beteiligung	84
 5. Kapitel: Zentrale Tatbestandsvoraussetzungen des unechten Unterlassungsdelikts	85
I. Begriff und Bedeutung des unechten Unterlassungsdelikts	85
II. Die Garantenstellung	86
1. Begriff und Bedeutung	86
2. Zivilrechtliche Pflichten und strafrechtliche Garantenstellung	87
a) Die Rechtspflicht der §§ 13 StGB, 8 OWiG nach der klassischen Pflichtenlehre	87
b) Kritik an der klassischen Pflichtenlehre	87
c) Alternative Begründungsansätze	89
aa) Materielle Kriterien als gemeinsame Abgrenzungsmerkmale	89
bb) Herrschaftsgedanke	90
cc) Vertrauensprinzip	91
dd) Kombinierte Ansätze	92
ee) § 13 StGB als Auflösung einer Grundrechtskollision	94
ff) Ergebnis zu den modernen Garantentheorien	94
gg) Anknüpfung des Strafrechts an das Zivilrecht	95
d) Garantenstellung aus § 130 OWiG?	97
e) Sonderfall der Ingerenzgarantenstellung	97
III. Täterschaft durch Unterlassen bei Tätigkeitsdelikten	98
1. Problemstellung und Meinungsspektrum	98
2. Der Begriff des Erfolgs im Lichte der Auslegung	99
3. Ergebnis	101
IV. Möglichkeit der Erfolgsabwendung	101
1. Problemstellung und tatsächliche Eingriffsmöglichkeiten der herrschenden Gesellschaft	101
2. Informationsmöglichkeiten der Konzernspitze	102

a) Problemstellung	102
b) Informationsfluss im Vertrags- und Eingliederungskonzern	103
c) Die faktische Unternehmensgruppe	103
aa) Der faktische Aktienkonzern	103
bb) Der faktische GmbH-Konzern	107
3. Fazit	108
 6. Kapitel: Handlungs- und Erfolgsabwendungspflichten des Zivilrechts	109
I. Verkehrspflichten als zentraler Pflichtengrund einer Garantenstellung	109
1. Bedeutung für die Unterlassungshaftung und Terminologie	109
2. Gefahrquellenverantwortung als Grund der Verkehrspflichten	112
a) Schaffung oder Unterhaltung einer Gefahrenquelle	112
b) Die Bedeutung finanzieller Erwägungen bei der Pflichtenbegründung	113
II. Gefahrquellenverantwortung in der Wirtschaft	115
1. Vom Einzelunternehmen zum Konzern	115
2. Die betriebliche Organisationspflicht des Einzelunternehmens	116
a) Genereller Pflichtenkanon	116
b) Externe Beauftragung und Pflichtendelegation	118
3. Reichweite der Verkehrspflichten und Umfang der Gefahrenquelle im Unternehmensbereich	120
a) Keine Beschränkung auf gegenständliche Gefahren	120
b) Der erforderliche Betriebsbezug	122
aa) Die Verwirklichung der Betriebsgefahr als verantwortungsbegrenzender Faktor	122
bb) Haftung für Dritte im Zivilrecht	123
(1) § 278 BGB – „in Erfüllung der Verbindlichkeit“	123
(2) § 31 BGB – „in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtung“	124
(3) § 831 BGB – „in Ausführung der Verrichtung“	125
cc) Ergebnis zur Betriebsgefahr	126
 7. Kapitel: Die Betriebsinhabergarantenstellung im Strafrecht	127
I. Das Zusammenspiel von Strafrecht und Zivilrecht	127
1. Grundsätzliche Anerkennung der Betriebsinhabergarantenstellung	127
2. Rückbesinnung auf die maßgeblichen außerstrafrechtlichen Pflichten	128
3. Klassische Pflichtenlehre und Gewohnheitsrecht	129

II.	Mögliche Hindernisse bei der Übernahme von Verkehrspflichten in das Strafrecht	131
1.	Problemstellung	131
2.	Mögliche Hindernisse im Einzelnen	132
	a) Unterschiedliche Zielsetzung der Rechtsgebiete	132
	b) Prinzip der individuellen Verantwortung im Strafrecht	135
	c) Differenzierung zwischen Verschuldenshaftung und Gefährdungshaftung	137
	d) Ausuferung der strafrechtlichen Haftung?	139
	e) Fehlende Bestimmtheit der Verkehrspflichten	140
3.	Fazit	141
8.	Kapitel: Die Person des Pflichtigen	142
I.	Träger der betrieblichen Kontrollpflicht im Zivilrecht	142
1.	Problemstellung und Streitstand im Zivilrecht	142
2.	Pflichtenträgerschaft der juristischen Person	142
3.	Persönliche Verpflichtung der Organe?	145
4.	Untermauerung des Ergebnisses durch § 831 BGB	146
5.	Fazit: Juristische Person alleiniger Pflichtenträger	148
II.	Konsequenzen einer alleinigen Pflichtenstellung der juristischen Person sowie mögliche Hindernisse	149
1.	Mögliche Haftungslücken	149
2.	Insolvenzrisiko des Verletzten	152
3.	Ergebnis zur Organhaftung	153
III.	Arbeitnehmerhaftung	154
1.	Bedeutung der Arbeitnehmerhaftung	154
2.	Meinungsstand für § 831 BGB	154
3.	Meinungsstand für die allgemeine Übernahmehaftung außerhalb des § 831 BGB	155
4.	Stellungnahme zur Arbeitnehmerhaftung im Außenverhältnis	156
	a) Vergleich zur Übernahmehaftung beim Organ	156
	b) Teleologische Reduktion der Übernahmehaftung	157
IV.	Pflichten von Vorstand und Geschäftsführer aus dem Institut der Corporate Compliance	159
1.	Begriff und Inhalt der Corporate Compliance	159
2.	Compliance im Konzern	162
3.	Compliance im Kapitalmarktrecht	164
V.	Überwachungspflicht des Aufsichtsrats im Außenverhältnis?	164
1.	Unterschiede zur Aufgabenstellung des Vorstands	164
2.	Begrenzte Kompetenzen des Aufsichtsrates	166
	a) Zeitliche Begrenzung der Überwachungstätigkeit	166
	b) Begrenzte Einwirkungsmöglichkeiten auf den Vorstand	167

3.	Fazit: Keine Überwachungspflicht im Außenverhältnis	170
VI.	Die Person des Garanten im Strafrecht	171
1.	Problemstellung und Meinungsstand	171
2.	Systematische und rechtspolitische Erwägungen	172
3.	Die Handlungsfähigkeit der juristischen Person als Voraussetzung einer Pflichtenträgerschaft	175
	a) Problemstellung und Gegenstand der Untersuchung	175
	b) Die juristische Person als Normadressat	176
	c) Die Bedeutung der „natürlichen Handlung“	178
	d) Fiktion der Handlungsfähigkeit durch Ausnahmeverordnungen?	179
4.	Bestätigung der Handlungsfähigkeit durch strafrechtliche Normen	180
5.	Zwischenfazit: Rechtsgebietsübergreifende Handlungsfähigkeit	181
6.	Hochstpersönlichkeit der Garantenstellung als mögliches Überwälzungshindernis	182
7.	Folgen der Anwendbarkeit von §§ 14 StGB, 9 OWiG	184
VII.	Gesamtergebnis zur Person des Pflichtenträgers	185
9. Kapitel:	Übertragbarkeit der Gründe für Organisationspflichten auf die Konzernierung	187
I.	Die Rechtslage in der Einzelgesellschaft	187
II.	Konzern und Delegationsgedanke	187
1.	Unterschiede zwischen unverbundenem Unternehmen und Konzern	187
2.	Meinungsspektrum	188
3.	Stellungnahme	190
III.	Konzern und Gefahrerhöhung gegenüber der natürlichen Person	193
1.	Organisationsrisiko in Gesellschaft und Konzern	193
2.	Verringerte Risikoaversion in Gesellschaft und Konzern	194
	a) Risikoaversion des Einzelnen in einer Organisation	194
	b) Auswirkungen der Konzernierung auf die Risikoaversion der Tochtergesellschaften	195
	c) Auswirkungen der Konzernierung auf die Risikoaversion der herrschenden Gesellschaft	197
3.	Faktische Einflussmöglichkeit als pflichtenbegründende Größe im Konzern	198
4.	Spezialgesetzliche Pflichten im Konzern	199
5.	Fazit: Ablehnung einer generellen Kontroll- und Überwachungspflicht der Konzernspitze	200

10. Kapitel: Die Konzerntochtergesellschaft als Verrichtungsgehilfe	202
I. Überblick über die Tatbestandsvoraussetzungen des § 831 BGB	202
II. Verhältnis zur allgemeinen Verkehrspflichtenhaftung	203
III. Die juristische Person als Verrichtungsgehilfe	204
1. Auslegung des § 831 BGB	204
2. Das Problem des Zwischengehilfen	206
IV. Der Tatbestand im Einzelnen	207
1. Abgrenzung des Verrichtungsgehilfen zum selbständig Tätigen	207
2. Das Abhängigkeitserfordernis des § 831 BGB im Konzern	209
a) Stellung der Konzerntochter zwischen vollkommener Abhängigkeit und Selbständigkeit	209
b) Abhängigkeit im Vertragskonzern und bei der Eingliederung	211
c) Abhängigkeit im faktischen Aktienkonzern	212
d) Abhängigkeit im faktischen GmbH-Konzern	213
e) Die Organgesellschaft	215
3. Die Bestellung zu einer Verrichtung	216
a) Problemstellung	216
b) Allgemein: Die Umsetzung von Konzernvorgaben als Verrichtung	216
c) Sachlich begrenzte Verantwortung der Konzernspitze	218
aa) Grad der Einbindung in den Unternehmensverbund als Differenzierungskriterium	218
bb) Verantwortung der Konzernspitze bei fehlenden Detailvorgaben	219
cc) Beispiele für die Verantwortung aufgrund einer Konzernstrategie	220
V. Mögliche Widersprüche einer Überwachungspflicht zum Gesellschafts- und Konzernrecht	222
1. Pflicht zur Unternehmenskonzentration	222
2. Verstoß gegen die innergesellschaftliche Aufgabenzuweisung im faktischen GmbH-Konzern	224
3. Verstoß gegen die Dispositionsfreiheit der GmbH-Gesellschafter	224
4. Missachtung der Rechtsperson	225
5. Kriterium der Leistungsfähigkeit	226
VI. Sachliche Reichweite der Überwachungspflicht	227
VII. Fazit für das Zivilrecht	229
VIII. Auswirkungen auf das Ordnungswidrigkeitenrecht	230
IX. Gesamtergebnis für die Geschäftsherrenhaftung	232

11. Kapitel: Verantwortung der Konzernmutter als faktisches Organ	233
I. Gang der Haftungsbegründung	233
II. Das faktische Organ in Rechtsprechung und Literatur	235
1. Das einheitliche Meinungsbild in der Rechtsprechung	235
2. Meinungsspektrum in der Literatur	236
3. Die Rechtsfigur der faktischen Organschaft als Ergebnis einer Normanwendung im Einzelfall	237
a) Kein einheitliches Rechtsinstitut der faktischen Organschaft	237
b) Das Prinzip der Normanwendung im Einzelfall	238
c) Die einschlägige Fallgruppe	240
III. Faktische Organschaft und §§ 14 StGB, 9 OWiG	240
1. Materieller Strafgrund der §§ 14 Abs. 1 StGB, 9 Abs. 1 OWiG	240
a) Übernahme von Pflichten des Vertretenen	240
b) Erfordernis eines Organbestellungsakts und Normzweck	242
2. Historische Aspekte	244
3. Systematische Erwägungen: Sperrwirkung von §§ 14 Abs. 3 StGB, 9 Abs. 3 OWiG?	245
a) Norminhalt	245
b) Auswirkungen des § 14 Abs. 3 StGB auf § 14 Abs. 1 StGB	246
4. Der Wortlaut der Norm als Auslegungsgrenze	249
a) Das Analogieverbot im Strafrecht	249
b) Wortlautanalyse	250
aa) Isolierte Betrachtung des Begriffs „Organ“	250
bb) Handeln „als Organ“ nach §§ 14 Abs. 1 StGB, 9 Abs. 1 OWiG	251
5. Faktische Organschaft und Bestimmtheitsgrundsatz	253
6. Ergebnis für die faktische Organschaft im Strafrecht	255
IV. Grundsätzliche Anforderungen an das Vorliegen einer faktischen Organschaft	256
1. Restriktives Vorgehen	256
2. Organspezifische Funktionswahrnehmung in organtypischer Weise	257
V. Spezifische Kriterien der faktischen Organschaft	260
1. Das Verhältnis zu dem bestellten Organ	260
2. Juristische Person als faktisches Organ?	262
3. Spezialfall des Gesellschafters als faktisches Organ	263
a) Generelle Tauglichkeit des Gesellschafters als faktisches Organ	263
b) Der GmbH-Gesellschafter als faktischer Geschäftsführer	265
c) Der Aktionär als faktischer Vorstand	267
d) Keine Differenzierung zwischen faktischem Geschäftsführer und faktischem Vorstand	269

4.	Anforderungen an das Verhalten des für die Bestellung zuständigen Organs	271
5.	Anforderungen an das Auftreten im Außenverhältnis	273
6.	Feststellung einer faktischen Geschäftsführung anhand eines Merkmalkatalogs	274
VI.	Ergebnis für die Haftung der herrschenden Gesellschaft als faktisches Organ der Konzerntochter	276
1.	Zusammenfassung der Erkenntnisse	276
2.	Lösung des Beispielsfalles	277
VII.	Die sonstigen Vertreter in den §§ 14 Abs. 2 StGB, 9 Abs. 2 OWiG	278
1.	Bedeutung der Vorschriften	278
2.	§§ 14 Abs. 2 Nr. 1 StGB, 9 Abs. 2 Nr. 1 OWiG	278
3.	§§ 14 Abs. 2 Nr. 2 StGB, 9 Abs. 2 Nr. 2 OWiG	280
12.	Kapitel: Die Verantwortung der herrschenden Gesellschaft nach § 130 OWiG	281
I.	Die Stellung der Norm neben den unechten Unterlassungsdelikten	281
1.	Subsidiarität	281
2.	Aufsichtspflicht als echte Rechtspflicht oder Obliegenheit	282
II.	Die herrschende Gesellschaft als Betriebsinhaber	283
1.	Betrieb und Unternehmen	283
2.	Der Begriff des Inhabers	285
3.	Ablehnung einer faktischen Betrachtung	286
4.	Sonderfall des faktischen Organs	288
13.	Kapitel: Ergebnis und Ausblick	289
I.	Bedeutung für die Bußgeldpraxis	289
II.	Wesentliche Erkenntnisse der Arbeit	290
	Literaturverzeichnis	293
	Sachverzeichnis	319